

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Eine freiheitlich organisierte Gesellschaft hat viele Auswirkungen.

Dieser Text befasst sich mit den zahlreichen Facetten einer liberalen Wirtschaftsordnung, die auch unter den Begriffen des freien Unternehmertums, des kompetitiven Kapitalismus oder der Marktwirtschaft auftritt. Die Texte fassen den Stand der ökonomischen Wissenschaft zusammen.

Dr. Nils Herger Nebelspalter August 2022

Die liberale Wirtschaftsordnung bildet offensichtlich das Fundament für den heutigen Wohlstand.

Welche positiven und negativen Effekte hat sie jedoch auf andere Bereiche der Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Umwelt?

Die Suche nach den Ursachen für die höchst unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung von Ländern gehört zu den faszinierendsten Aufgaben in den Wirtschaftswissenschaften. Die entsprechenden Unterschiede betreffen nämlich nicht nur das heutige Wohlstandsgefälle, sondern auch den zeitlichen Vergleich. Was erklärt zum Beispiel die Tatsache, dass die wirtschaftliche Entwicklung vor der Industrialisierung weltweit nahezu stagnierte, seither jedoch rasant an Fahrt gewonnen hat? Warum trat der industrielle Knick, der in der untenstehenden Grafik deutlich anhand des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zu sehen ist, zuerst in der westlichen Welt auf?

Diese Entwicklung hat selbstverständlich noch nicht die gesamte Welt erfasst.

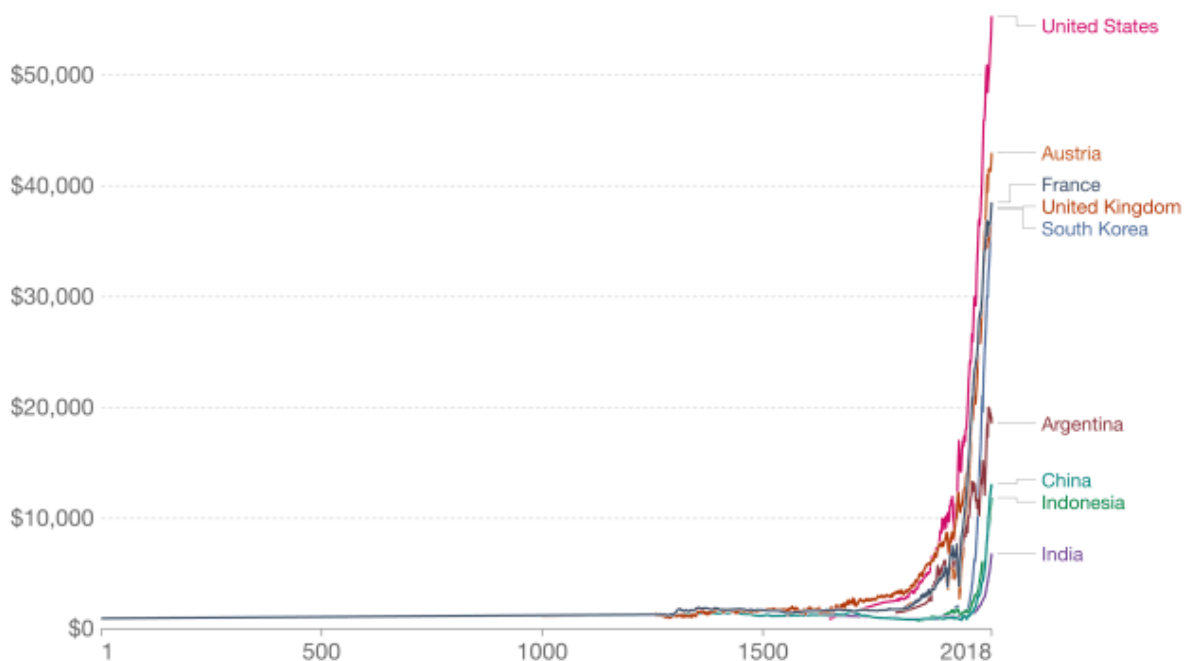
Angesichts der nach wie vor weit verbreiteten Armut als folgeschwerste Form der wirtschaftlichen Unterentwicklung bleiben die Fragen nach den entsprechenden Ursachen aktuell.

Selbstverständlich gibt es zahlreiche Faktoren, welche die erwähnten Entwicklungsunterschiede erklären. Für das Wirtschaftswachstum sind zunächst **einmal die Anreize für den Kapitalaufbau, die dafür notwendigen Ersparnisse, die Rechtssicherheit für Investitionen und der technologische Fortschritt, der über Forschung und gute Bildungssysteme vorangetrieben wird, von Bedeutung.**

Überdies spielt die **Rohstoffausstattung** – während der frühen Industrialisierung, vor allem Kohle und heutzutage etwa Erdöl – eine gewisse Rolle. Ansätze, um den Knick in der obigen Grafik anhand von simplen Anreizen oder natürlichen Faktoren zu erklären, greifen jedoch zwangsläufig zu kurz.

GDP per capita, 1 to 2018

This data is adjusted for differences in the cost of living between countries, and for inflation. It is measured in constant 2011 international-\$.
Our World in Data



Source: Maddison Project Database 2020 (Bolt and van Zanden, 2020)

OurWorldInData.org/economic-growth • CC BY

Volkswirtschaftliche Leistung pro Kopf nach Ländern (Quelle: Our World in Data)

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Aufstieg nach Ende der Feudalwirtschaft

Die Industrialisierung hat nämlich rasch sämtliche Wirtschaftssektoren mit höchst unterschiedlichen Technologien erfasst und sich auch über viele natürliche Lebensräume hinweg verbreitet. Diese umfassenden Veränderungen suggerieren, dass gesellschaftliche Aspekte für die beispiellose Wirtschaftsentwicklung der vergangenen 200 Jahre zentral waren. Diesbezüglich **lässt sich der positive Effekt einer liberalen Wirtschaftsordnung auf den Wohlstand nicht wegdiskutieren.** Es ist wohl kein Zufall, dass der Aufstieg von Europa mit dem Ende der Feudalwirtschaft, und der damit verbundenen Restriktionen im Zunftwesen und der Ständeordnung, zusammenfiel. **Die jüngeren Erfolge in Asien, und insbesondere in Japan, Hongkong, Singapur und China, gingen ebenfalls mit ausgeprägten Wirtschaftsliberalisierungen einher.** Am eindrucklichsten sind vielleicht die Beispiele von Deutschland und Korea nach der Trennung in zwei Staaten. Die historische, kulturelle und nicht zuletzt **wirtschaftliche Ausgangslage für Ost- und Westdeutschland sowie für Nord- und Südkorea waren sehr ähnlich.**

Der durchschlagende Effekt des freien Unternehmertums und der Marktwirtschaft auf den Lebensstandard ist damit sehr aussagekräftig.

Zusammengefasst liefert die historische Evidenz ein glasklares Bild: Wirtschaftliche Repression geht mit unnötiger Armut und Stagnation einher.

Wirtschaftsfreiheit vermehrt den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten.

Provokation für die Regierungen

Die These, dass der «Wohlstand der Nationen» mithilfe eines freiheitlichen Wirtschaftssystems gesteigert werden kann, bildet den eigentlichen Kern von Adam Smiths' weltbekannten Buch, das unter diesem Titel im Jahr 1776 veröffentlicht wurde. Damals wie heute ist diese These für die staatlichen Machthaber eine Provokation, weil gesagt wird, **dass für den wirtschaftlichen Erfolg eben keine umfassende Steuerung und Planung durch die Obrigkeit vonnöten ist.** **Es genügt, wenn jeder seine Einzelinteressen verfolgt.** Die Geschichte hat Smith recht gegeben. Darum sind Zitate aus dem «Wohlstand der Nationen», wonach wir z.B. unsere Mahlzeit «nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten [...], sondern von ihrer Rücksicht auf ihr eigenes Interesse» oder die Koordination von Märkten über eine «unsichtbare Hand» zum Allgemeingut geworden.

Seit dem katastrophalen Scheitern der zentralen Planwirtschaften im 20. Jahrhundert kann niemand mehr aufrichtig behaupten, dass es einem Wirtschaftssystem besser gelungen ist, die Armut zu beseitigen, als der Kombination zwischen dem freien Unternehmertum und dem freiwilligen Tausch von Gütern, Dienstleistungen und nicht zuletzt der Arbeit auf Märkten.

Damit ist die Kapitalismuskritik nicht verstummt. Sie hat sich einfach auf andere Bereiche verlagert.

Paradoxerweise hat der Wohlstand sogar zur Situation geführt, dass zahlreiche «Aktivisten» es sich heute bequem leisten können, die liberale Wirtschaftsordnung als notwendiges Übel zu sehen. Diese modernen Kritiker sehen typischerweise in erfolgreichen Unternehmern eine Gefahr für die Demokratie, im Kapitalismus die Hauptursache für die soziale Ungleichheit und Lasten der Marktwirtschaft die Zerstörung der natürlichen Umwelt an.

Die Kritik an einer freien Wirtschaft lässt sich damit aufrechterhalten.

Wie bei der Wohlstandsfrage sollten die tatsächlichen Erfahrungen darüber entscheiden, ob diese Kritik stichhaltig ist.

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Wirtschaftliche und politische Freiheit – Spannungsfeld oder Harmonie?

Stellt die liberale Wirtschaftsordnung grundsätzlich eine Gefahr für die politische Freiheit (d. h. Demokratie, Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, etc.) dar?

Antworten auf diese Frage findet man in den Büchern «Kapitalismus und Freiheit» von Milton Friedman und «Der Weg zur Knechtschaft» von Friedrich August von Hayek.

Angesichts der illustren Politkarrieren schwerreichen Unternehmern wie Donald Trump, Sylvio Berlusconi oder im schweizerischen Umfeld Christoph Blocher ist es nicht absurd, zu befürchten, dass der Kapitalismus die politische Freiheit untergräbt.

Liefert das Milliardenvermögen dieser Wirtschaftsbarone nicht die Grundlage, um Wahl- und Abstimmungsergebnisse zu beeinflussen oder die öffentliche Meinung dank einer erworbenen Kontrolle über Medienkonzerne zu manipulieren?

Kapitalismus und Freiheit?

In der Tat löst die Verfilzung zwischen Wirtschaft und Politik in Demokratien ein breites Unbehagen aus und ist viel stärker verpönt, als dies bei der Verwaltung oder der Wissenschaft in diesen Gesellschaften der Fall ist. In der Schweiz zeigte sich dies geradezu exemplarisch während der sogenannten demokratischen Bewegung, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formierte, um die Macht des sogenannten «Systems» um den «Eisenbahnkönig» Alfred Escher (1819-1882) zu brechen.

Die Folge davon war unter anderem die Einführung des Referendumsrechts in zahlreichen Kantonen und im Jahr 1874 auf der Bundesebene sowie

die Verstaatlichung der wichtigsten Eisenbahnen mit der Gründung der SBB im Jahr 1902.

Ist es jedoch gerechtfertigt, in der liberalen Wirtschaftsordnung eine grundsätzliche Gefahr für die Demokratie zu sehen?

Es ist unmöglich, diese Frage zu beantworten, ohne die Alternativen zu betrachten.

Wie schneiden eigentlich Länder mit massiven Wirtschaftsrestriktionen oder gar einer **zentralen Produktionsplanung** hinsichtlich der politischen Freiheit ab?

Das Buch «Kapitalismus und Freiheit» liefert darauf eine klare Antwort:

Es gibt bis anhin wohl kein Beispiel einer umfassend gelenkten Wirtschaft, die keine Diktatur gewesen wäre.

Planwirtschaftliche oder sozialistische «Demokratien» gibt und gab es nur dem Namen nach.

Das entsprechende Feld in der untenstehenden Tabelle bleibt leer.

Hingegen können wirtschaftlich weitgehend freie Länder sowohl politisch frei sein wie die Schweiz, als auch als Diktaturen auftreten, wie dies zurzeit in China der Fall ist.

	Politisch frei	Politisch unfrei
Wirtschaftlich frei	z.B. Schweiz, USA, UK	z.B. China
Wirtschaftlich unfrei		z.B. Kuba

Dass die Wirtschaftsfreiheit offenbar eine notwendige, aber keine hinreichende, Bedingung für die politische Freiheit ist, zeigen ebenfalls die nachstehenden Karten, die bekannten Klassifikationen **für den «Business Freedom»** und **die politische Freiheit** einander gegenüberstellen.

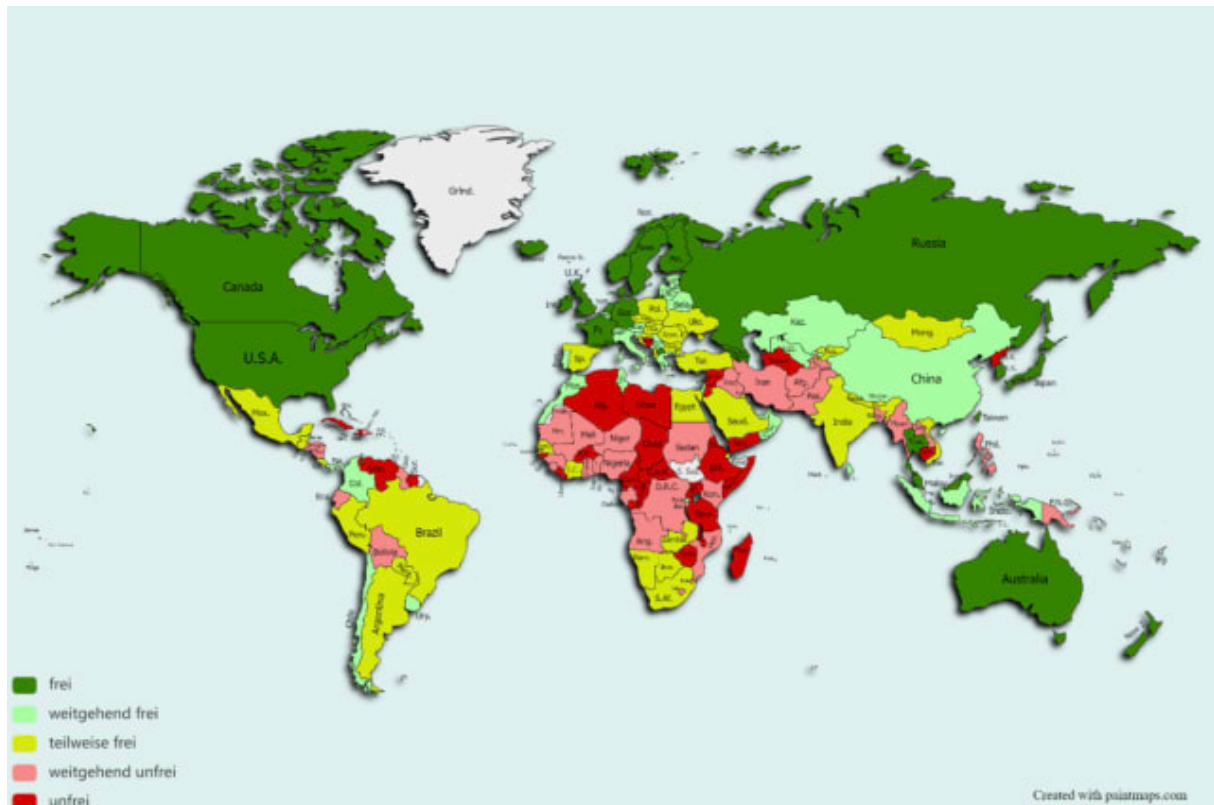
Natürlich sind die entsprechenden Klassifikationen in freien und unfreien Ländern nicht immer eindeutig.

Die Tendenzen sind es aber schon:

Wirtschaftliche Repression geht eigentlich immer mit der politischen Unfreiheit einher.

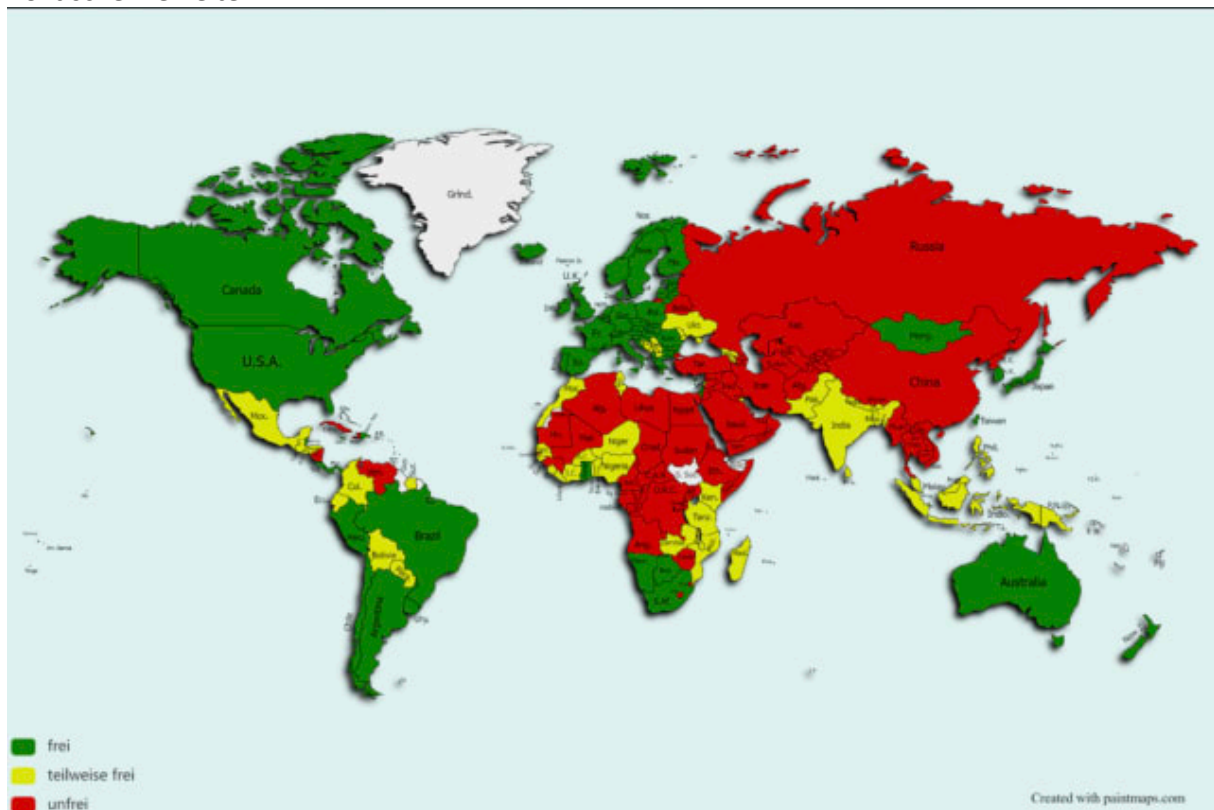
Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Business Freedom:



Business Freedom (Heritage Foundation Index für das Jahr 2020)

Politische Freiheiten:



Politische Freiheit (Freedom House Index für das Jahr 2020)

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Der Grund, weshalb wirtschaftliche Freiheit eine Voraussetzung für die politische Freiheit darstellt, liegt wohl darin, dass Transaktionen in liberale Wirtschaftsordnungen im gegenseitigen Interesse der involvierten Parteien sein müssen und damit freiwillig zustande kommen.

Diese dezentralen Wahlhandlungen bilden die Grundlage für einen Wettbewerb, der die wirtschaftliche Macht selbst von Grosskonzernen und Grosskunden beschränkt.

Notwendigkeit der Verwaltung

Der dezentrale Wettbewerb und freiwillige Entscheidungen gelten denn auch als Kernelemente einer liberalen Wirtschaftsordnung.

Bei der zentralen Planung rückt hingegen der staatliche Zwang in den Vordergrund.

Der einzelne Konsument oder Produzent verliert eben die bestimmende Rolle, wenn es um die Entscheidung geht, welche Güter und Dienstleistungen produziert werden, wie die Arbeit zu organisieren ist oder wie die Rohstoffe zugeteilt werden.

Im Prinzip wäre es möglich, den zentralen Wirtschaftsplan über politisch freie Abstimmung zu bestimmen.

Die entsprechenden Mehrheitsentscheide schränken wesensgemäss die Freiheit der Minderheit ein. Wenn es um den Markt für Presseerzeugnisse, die Wissenschaft oder die Kultur geht, besteht damit die Gefahr, dass diese Minderheiten aus dem Meinungsbildungsprozess und dem Ideenwettbewerb ausscheiden, was bereits eine Bedrohung für die politische Freiheit darstellt.

In praktischer Hinsicht wäre es überdies schlicht und einfach unmöglich, andauernd über alle gegenwärtigen und zukünftigen Konsumbedürfnisse abzustimmen.

Unzählige Detailentscheidungen eines zentralen Wirtschaftsplans müssen notgedrungen durch die staatliche Verwaltung gefällt werden, die damit zu einem allmächtigen Apparat mutiert.

Es gibt vermutlich keine einschlägigere Warnung vor dieser totalitären Tendenz einer umfassenden staatlichen Wirtschaftsplanung als das Buch «der Weg zur Knechtschaft».

Neben der Schaffung von Wohlstand liegt ein weiterer Vorteil der liberalen Wirtschaftsordnung eben darin, dass über die zahlreichen Markttransaktionen jeden Tag eine Art Abstimmung über den Produktionsplan stattfindet.

Staatliche Anordnung oder gar Zwang braucht es hingegen nicht, um die Wirtschaft zu organisieren. Selbstverständlich kommt auch die Marktwirtschaft nicht ohne staatlichen Zwang aus, wenn es beispielsweise darum geht, Recht und Ordnung durchzusetzen. Es ist also durchaus möglich, dass dieser Zwang diktatorische Züge annimmt.

Die entsprechende Kombination zwischen einem relativ freien Unternehmertum und politischer Repression geniesst zurzeit vor allem in Asien, beispielsweise in China oder in Teilen der ehemaligen Sowjetunion eine gewisse Popularität.

Werden im Kapitalismus die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer?



Armut und Reichtum wohnen Tür an Tür in Manila. Bild: Keystone

Werden im Kapitalismus die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer?

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Obschon diese These populär ist – es klingt plausibel, dass vom freien Markt nur die Starken profitieren – zeigen harte Daten ein ganz anderes Bild.

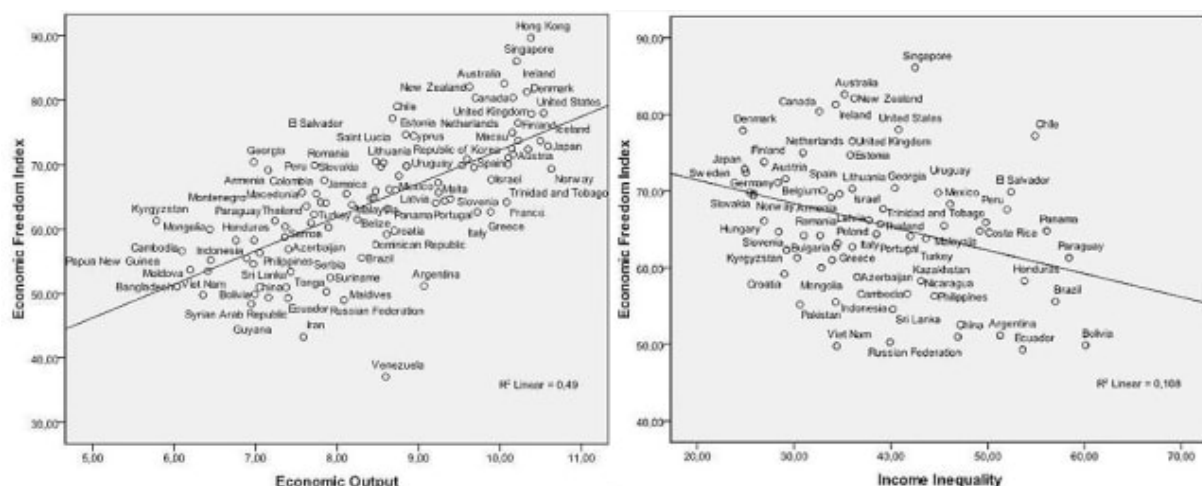
Die These, dass nur skrupellose Unternehmer und nicht die Masse der Arbeiter von der freien Marktwirtschaft profitieren, ist ein traditionelles Element der Kapitalismuskritik.

Seit Karl Marx diese These popularisiert hat, taucht sie in mehr oder weniger abgeänderter Form immer wieder auf.

So hat Thomas Piketty in seinem Bestseller «Das Kapital im 21. Jahrhundert» unlängst argumentiert, dass die höhere Rendite des Privatkapitals im Vergleich zum Wirtschaftswachstum der eigentliche Treiber für die steigende Vermögensungleichheit sei.

Obschon die Analysen von Marx und Piketty grundlegende Mängel aufweisen, bewegt die Frage nach dem akzeptablen Ausmass der wirtschaftlichen Ungleichheit die Gemüter. Es wäre in der Tat stossend, wenn der Wohlstand der liberalen Wirtschaftsordnung nur einem Teil der Gesellschaft zugutekäme.

Es stellt sich freilich die Frage, ob die angebliche Verschärfung der wirtschaftlichen Ungleichheit in der liberalen Wirtschaftsordnung tatsächlich zu beobachten ist. Die Antwort ist erstaunlich: Wie die untenstehenden Grafiken zeigen, generieren liberale Wirtschaftsordnungen nicht nur mehr Wohlstand, sondern gehen nicht mit einer höheren Einkommens- und Vermögensungleichheit einher.



Quelle: Florida, Richard (2010). Free tolerant and happy. The Atlantic. Die Ungleichheit wird hier anhand des Gini Koeffizienten gemessen und der wirtschaftliche Output anhand des BIP pro Kopf. Der Economic Freedom Index stammt von der Heritage Foundation.

Die obigen Grafiken zeigen selbstverständlich nur eine Momentaufnahme anhand eines Indikators, nämlich des Gini Koeffizienten für das Einkommen.

Eine Fülle von Fakten und Daten über längere Zeiträume hinweg zeichnen jedoch ebenfalls ein Bild, das kaum mit der marxistischen Verelendungshypothese kompatibel ist. Insbesondere steigen gemäss den bekannten «Wachstumsfakten» des ungarischen Ökonomen Nicolas Kaldor die Reallöhne seit dem Beginn der Industrialisierung und liegen somit um ein Vielfaches höher als noch vor hundert oder gar zweihundert Jahren.

Ebenfalls ist der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der an die Lohnempfänger geht, über längere Zeiträume hinweg mehr oder weniger konstant geblieben (und beträgt grob zwei Drittel).

Es gelingt den «Kapitalisten» also offenbar nicht, immer höhere Renten zu ergattern.

Überdies weisen zahlreiche Indikatoren keinen auffälligen Trend hin zu einer höheren Einkommens- und Vermögensungleichheit auf.

Die nachstehende Grafik illustriert die entsprechende Entwicklung für die Schweiz.

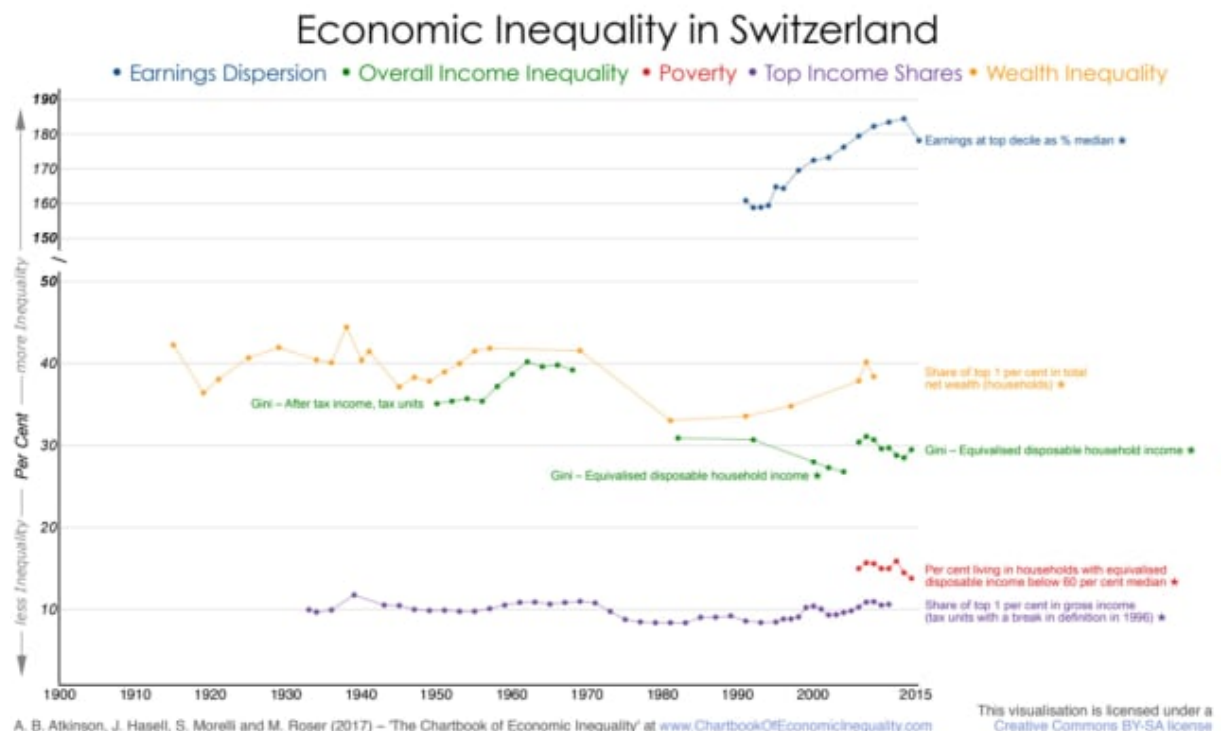
Schliesslich wird gerne übersehen, wie hoch die wirtschaftliche Ungleichheit in vorindustriellen Gesellschaften war.

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Chance für Aussenseiter

In der Tat beschränkte sich der Wohlstand damals typischerweise auf eine kleine Elite von Aristokraten, Klerikern oder Kaufleuten, derweil der Grossteil der Bevölkerung ein ärmliches Leben als Eigenversorger fristete.

Es ist ebenfalls unklar, ob die sozialistischen Planwirtschaften des 20. Jahrhunderts besser abschnitten. Zwar waren die offiziellen Einkommen und Vermögen relativ gleichmässig verteilt. Es gab im Sozialismus jedoch eine erhebliche versteckte Ungleichheit, weil beispielsweise der Zugang zu schönen Wohnungen, einer guten Gesundheitsvorsorge, relativ attraktiven Feriendestinationen oder anderen Luxusgütern vor allem der Nomenklatura und deren Familien vorbehalten war.



Warum ist die Ungleichheit kein besonderes Merkmal einer liberalen Wirtschaftsordnung?

Selbstverständlich verlangt der Wettbewerb den Menschen einiges ab.

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, dass er der wirtschaftlichen Ungleichheit auch entgegenwirken kann. Insbesondere eröffnet gerade der kompetitive Markt selbst gesellschaftlichen Aussenseitern die Möglichkeit, dank der eigenen Tüchtigkeit wirtschaftlich aufzusteigen oder zumindest den eigenen Nachkommen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Er hat im Gegenzug auch regelmässig zum Abstieg einer frivolen Oberschicht beigetragen.

Für die langfristige Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung ist diese soziale Mobilität wichtig, wenn nicht sogar entscheidend.

Schliesslich werden wirtschaftliche Unterschiede auch eher akzeptiert, wenn die «Reichen» nicht wie in einer Ständegesellschaft fortwährend aus denselben Familien stammen.

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Unternehmertum beim Geld. Ein Exkurs in das schweizerische Freibankensystem

Aus der heutigen Sicht ist es kaum mehr vorstellbar, Bargeld unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs auszugeben. Warum ist das Geld diesbezüglich speziell? Einsichten zu dieser Frage liefert ein historischer Exkurs in das Freibankensystem der Schweiz.

In praktisch allen Ländern der Welt wird die Währung heute von einer Zentralbank ausgegeben.

Natürlich spielen im Geldwesen und im Zahlungsverkehr neben der staatlichen Währungsbehörde auch private Finanzinstitute, und insbesondere die Geschäftsbanken, eine Rolle.

Unsere Kontoguthaben, die eben auch Zahlungszwecken dienen können, sollten jedoch immer in die nationale Währung umtauschbar sein.

Überdies erheben digitale Währungen, wie etwa Bitcoin, neuerdings den Anspruch, den freien Geldwettbewerb wiederzubeleben. Bis anhin sind sie jedoch primär Spekulationsobjekte und nehmen lediglich ein Nischendasein im Zahlungsverkehr ein.

Alternativen zum staatlichen Geld hat es jedoch früher geben. Ein Beispiel waren die sogenannten «Freibankensysteme», bei denen ein freier Wettbewerb im «Markt» für Papiergeld herrschte. Insbesondere konnten Geschäftsbanken ihre eigenen Banknoten drucken und einen Gewinn erzielen, indem diese teilweise durch zinstragende Wertschriften gedeckt waren. Ähnlich wie auf konventionellen Gütermärkten resultierte das Papiergeldangebot damit aus der Gewinnmaximierung der konkurrierenden Noteninstitute. Freibankensysteme gab es unter anderem in Schottland vor 1844, in den USA vor 1914 und auch in der Schweiz vor der Gründung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Jahr 1907.

Bevor der Franken im Jahr 1850 kurz nach der Gründung des Bundesstaates eingeführt wurde, gab es in der Schweiz nicht einmal ein nationales Münzsystem.

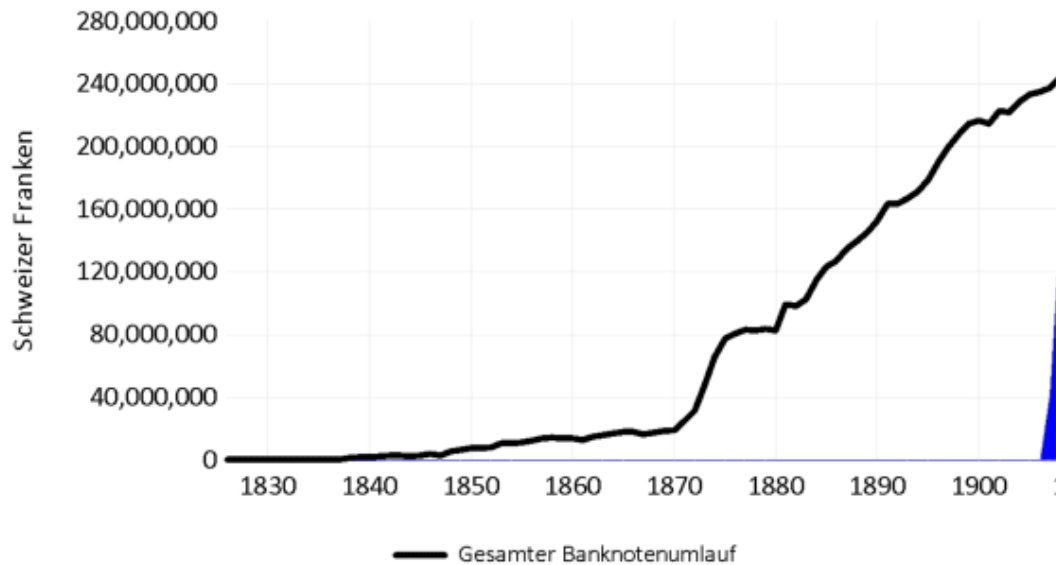
Damit bestand ein komplett freier Geldwettbewerb, bei dem Banknoten sogar in verschiedene Währungen konvertierbar waren. Insbesondere der französische Franc und der süddeutsche Gulden waren dazu populär. Nach 1850 wurden Banknoten, die in Schweizer Franken denominiert waren, rasch zur Norm.

Was waren die Vor- und Nachteile dieses uneingeschränkten Geldwettbewerbs?

Die Befürchtung, dass freie Notenbanken qualitativ minderwertiges Geld ausgeben würden, war unbegründet. Die schweizerischen Banknoten während des Freibankensystems wiesen eine stabile Kaufkraft auf und es gab keine Beispiele von Notenbanken, die den versprochenen Umtausch in Münzen oder Währungsmetall je verweigert hätten.

Hingegen führte das Wirrwarr an Banknoten dazu, dass diese nur sehr beschränkt für Zahlungen akzeptiert wurden. Wie die untenstehende Grafik zeigt, setzte sich das damals neuartige Papiergeld in der Schweiz während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur zögerlich durch. Das Geldsystem blieb also lange rückständig.

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung



Datenquelle: Herger, Nils (2021), 'Regulated free banking in Switzerland (1881–1907)', *Swiss Journal of Economics and Statistics* 157.

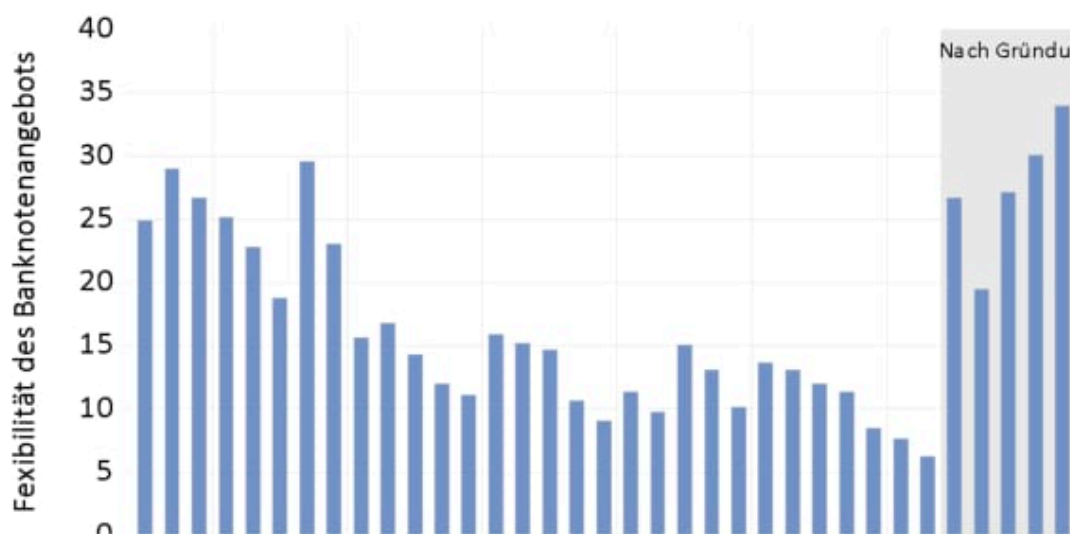
Das eidgenössische Parlament verabschiedete im Jahr 1881 ein Banknotengesetz mit dem Ziel, dem Papiergeld in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen. Insbesondere konnten schweizerische Banknoten von nun bei sämtlichen inländischen Notenbanken konvertiert werden. Um dies zu garantieren, wurden sie ebenfalls gezwungen, ihren Notenumlauf mindestens zu 40 Prozent mit Gold – d.h. dem damals dominierenden Währungsmetall – zu decken.

In der Folge wurden Banknoten in der Tat populärer (siehe obige Grafik).

Wenig überraschend hatte die Banknotenregulierung auch Nebeneffekte.

Unter anderem zog die Deckungspflicht von 40 Prozent eine auffällige Reduktion in der Flexibilität des Geldangebots nach sich, die Schwankungen zwischen dem maximalen und minimalen Notenumlauf über die Monate sank bis zur Gründung der SNB (siehe untenstehende Grafik).

Im Alltag stellte dies ein gravierendes Problem dar, weil das Zahlungsvolumen innerhalb eines Jahres deutlich schwankt. Ein inflexibles Geldangebot implizierte also, dass in gewissen Monaten ein «Geldmangel» auftrat.



Datenquelle: Herger, Nils (2021), 'Regulated free banking in Switzerland (1881–1907)', *Swiss Journal of Economics and Statistics* 157. Die Flexibilität wird gemessen anhand der Spannweite des monatlichen Geldangebots, d.h. die Differenz zwischen dem monatlichen Maximum und Minimum in Prozent des durchschnittlichen Notenumlaufs.

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Unter anderem ebnete dieser wiederkehrende «Geldmangel» den Weg zur Gründung der SNB im Jahr 1907. Das staatliche Papiergeldmonopol sollte namentlich dazu dienen, Banknoten nach dem «Bedürfnis des Verkehrs» auszugeben. Dieser Auftrag gilt für die SNB im Wesentlichen bis heute.

Staatliche Machtzunahme

Die Gründung der SNB war umstritten, weil sie mit einer staatlichen Machtzunahme im Geldwesen einherging. Es gibt in der Tat einige Zentralbanken, die dank des Währungsmonopols erhebliche Schäden (vor allem in Form von Inflation) angerichtet haben. Die Schweiz ist bis anhin von diesem Problem weitgehend verschont geblieben, was die Akzeptanz der Geldpolitik hierzulande gefördert hat. Der Ruf nach einer privaten Geld- oder sogar Währungsversorgung tritt jedoch in Ländern und in Zeiten mit hoher Inflation immer wieder auf.

Das Freibankensystem hat sich nirgends durchgesetzt, weil es offenbar bequemer ist, wenn sich eine Gesellschaft auf eine Form des Geldes einigen kann. Eine Standardisierung und breite Akzeptanz des Geldes fördern nämlich dessen Funktionen als Zahlungsmittel. Die meisten Güter und Dienstleistungen weisen diese Eigenschaft freilich nicht auf. Das Standardisierungsargument ist ebenfalls kein Freipass für ein rigoroses Geldmonopol. Normalerweise sind es private Finanzfirmen, die Geldinnovationen entwickelt und vorantreiben. Früher war dies beim Papiergeld und heute bei Zahlungen über das Mobiltelefon oder bei digitalen Währungen der Fall.

Innovationen und Schumpeterscher Wettbewerb

Wie das Unternehmertum durch Innovationen den kapitalistischen Fortschritt vorantreibt, hat der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter beschrieben.

Neben einem phänomenalen materiellen Wohlstand haben Marktwirtschaften unzählige Produktinnovationen hervorgebracht, die das Leben verbessern.

Zahlreiche Annehmlichkeiten, die früher als Luxus galten oder gar nicht existierten, sind heutzutage für breite Bevölkerungskreise erschwinglich geworden.

Dies gilt auch für die Medizin, die viele Gebrechen behandeln kann, die noch vor nicht allzu langer Zeit unheilbar waren. So starb beispielsweise der Bankier Nathan Rothschild trotz seines enormen Reichtums im Jahr 1836 innerhalb von wenigen Wochen an einer simplen Entzündung, die sich heute mit gängigen Antibiotika kostengünstig kurieren liesse.

Selbstverständlich sind Erfindungen und deren Kommerzialisierung in Form von neuen Produkten und Dienstleistungen weder auf das Industriezeitalter noch auf die Marktwirtschaften beschränkt.

Das entsprechende Tempo, das marktwirtschaftliche Länder während dieser Zeit erreicht haben, ist jedoch herausragend. Dafür gibt es zahlreiche Ursachen. Insbesondere liefert der gestiegene Wohlstand die Mittel, um vermehrt in die Bildung sowie in die Forschung und Entwicklung an den Universitäten und in den Unternehmen zu investieren.

Obschon diese Grundlagen wichtig sind, gehen die bahnbrechenden Innovationen des Industriezeitalters, wie die frühen Textil- und Dampfmaschinen, oder in jüngerer Zeit die Anfänge der Computer- und Informationstechnologie, erstaunlich oft auf einzelne Tüftler zurück, die im Grossen und Ganzen ausserhalb von etablierten Institutionen agieren.

Produktinnovationen basieren freilich nicht nur auf Erfindungen, sondern können auch aus einer besseren Organisation des Produktions- und Distributionsprozesses, der Erschliessung neuer Märkte oder der Anzapfung neuer Rohstoffquellen hervorgehen. Wenn es um diese Aspekte geht, **tritt das Unternehmertum in den Vordergrund**, wie es der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter wie kein anderer beschrieben hat. Schumpeter versteht als Unternehmer eben Pioniere, die fernab der eingetretenen Pfade andauernd nach neuen Produkten und innovativen Produktionsmöglichkeiten suchen. **Diese Rolle unterscheidet sich deutlich von jener eines «Managers», der eine etablierte Firma mit bestehenden Produkten sozusagen weiterverwaltet.**

Wohlstand der Nationen durch eine liberale Wirtschaftsordnung

Libérale Wirtschaftsordnungen schaffen selbstverständlich unternehmerische Freiräume und fördern somit die Produktinnovation. Der eigentliche Antrieb dafür bildet jedoch der kapitalistische Wettbewerb.

In seiner Schumpeterschen Art läuft dieser eben nicht primär über den Preis bestehender Güter ab, sondern **über die Entwicklung von neuen Gütern und Dienstleistungen.**

Solche Produktinnovationen generieren nämlich einen Vorsprung vor der Konkurrenz und damit eine temporäre Monopolstellung mit neuen Profitmöglichkeiten.

Entgegen einer verbreiteten Meinung sind Monopole also nicht in jedem Fall schädlich.

Wenn sie aus einer unternehmerischen Innovation resultieren, gelten sie sogar als unerlässliches Element des Fortschrittes.

Diese Implikation des Schumpeterschen Wettbewerbs bildet selbstverständlich die **Grundlage für den Patentschutz.**

Die Kehrseite des Schumpeterschen Wettbewerbs ist freilich, dass überholte Produkte und Techniken vom Markt verschwinden. Das Neue wird nämlich irgendwann zum Altgedienten. Innovative Unternehmen werden zu gemanagten Firmen. **Die Monopolrenten schwinden.**

Der kompetitive Markt zeichnet sich diesbezüglich durch eine erbarmungslose Dynamik aus, **die neben den Gewinnen eben auch den wirtschaftlichen Verlust und den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige zulässt.**

Schumpeter hat diesen bittersüssen Vorgang mit dem bekannten Begriff der **«schöpferischen Zerstörung» (engl. «creative destruction»)** beschreiben.

Für den Betroffenen ist es folgenswer, wenn der eigene Arbeitsplatz infolge technologischer Innovationen «zerstört» wird, selbst wenn dies dem Fortschritt und damit der Allgemeinheit dient. Weil findige Köpfe immer neue Kombinationen vorfinden, um Güter und Dienstleistungen herzustellen, ist der Prozess der schöpferischen Zerstörung an sich unerschöpflich.

Schumpeter prognostizierte jedoch, dass das Unternehmertum aufgrund des materiellen Erfolges des Kapitalismus nachlassen werde. Insbesondere sei dieser in eine Gesellschaft eingebettet, die sich graduell – und im Gegensatz zu Karl Marx eben nicht über eine Revolution – dem Wohlstandssozialismus zuwenden werde.

Konkrete Gründe hierfür seien unter anderem:

- **Der Wohlstand macht den Unternehmer überflüssig.** Insbesondere entstünde die Tendenz, ihn durch Manager, Experten, Technokraten oder andere Gehaltsempfänger zu ersetzen, die eben nicht mehr den Drang verspürten, Widerstände zu überwinden, um wirtschaftliches Neuland zu betreten.
- Auf eine ähnliche Weise werde der **Zugang zur höheren Bildung ausgeweitet**, was ein **Überangebot an Intellektuellen hervorbringe**, die zur Unzufriedenheit neigen und sich deshalb gegen den Kapitalismus wenden.
- **Schliesslich untergrabe auch die Demokratie das Unternehmertum. Unternehmer sind in der Tat eine Randgruppe und damit für die demokratische Mehrheitsbildung nebensächlich.**

Ein augenfälliger Niedergang des Unternehmertums ist bis anhin zum Glück nicht zu beobachten.

Die Debatten über den fragwürdigen Einfluss von Expertengremien, «Überschussakademikern», unfähigen Managern oder verbürokratisierten Grosskonzernen können jedoch als Warnungen vor einem nachlassenden Schumpeterschen Wettbewerb gesehen werden.